

Michael GARLEFF

DIE DEUTSCHBALTISCHE VOLKSGRUPPE ZWISCHEN ANPASSUNG UND WIDERSTAND BEI DER STAATSGRÜNDUNG DER REPUBLIK ESTLAND

Bei der Unabhängigkeitserklärung Estlands am 24. Februar 1918 lag das Gesetz des Handelns noch bei der deutschen Okkupationsmacht, was sich in deren Nichtanerkennung eines selbständigen Staates Eesti und in ihren Repressalien gegen dessen Gründer zeigte. Ganz in diesem Sinne rechneten führende deutschbaltische Politiker selbst dann noch mit einem Sieg Deutschlands im I. Weltkrieg, als sogar die deutsche Oberste Heeresleitung diesen nicht mehr für möglich hielt. Diese bereits „im Ansatz verfehlte Politik“ des Jahres 1918 sowie das Festhalten am Ziel eines gesamt-baltischen Staates hatte nach den Worten des späteren Präsidenten der Deutschen Kulturselbstverwaltung, Baron Wilhelm von Wrangell, in allen estnischen Parteien einen „prinzipiellen Gegensatz“ zu den Deutschbalten vertieft, den auch nur teilweise zu überwinden erst nach längerer Zeit gelingen sollte¹. Wie stark dabei die Erwartungen auch nichtritterschaftlicher Kreise auf eine 'deutsche' Zukunft des Landes gerichtet waren, zeigen die Äußerungen des Vorsitzenden des Revaler Börsenkomitees Erhard Dehio, Bürgermeister während der Okkupationszeit, in einer Unterredung mit dem Kapitän J. Pitka im Dezember 1917: Nach der Machtergreifung der Bolschewiki war E. Dehio davon überzeugt, „daß das Deutsche Reich, unter das die baltischen Länder bestimmt zuletzt fallen werden“, einem kleinen Volk wie den Esten keine größere Selbständigkeit als eine Kulturautonomie werde gewähren können². Zumal in der ersten Hälfte des folgenden Jahres bewiesen estnische Politiker einen klareren Blick für die Realitäten als viele Deutschbalten, deren mangelnde Koordination 1918/19 damals vom ehemaligen russischen Diplomaten Moritz Baron Schilling beklagt wurde: „Die aus Libau und Reval einlaufenden Nachrichten ließen mehr und mehr die vollständige Zusammenhanglosigkeit der Bestrebungen und Actionen der führenden Männer innerhalb und außerhalb der Heimat erkennen“³ — eine Führungsschicht, von der Gert Kroeger später sagen sollte: „Sie baute begeistert an — einem Kartenhaus“⁴.

Einen wesentlichen Schritt auf dem Wege der Annäherung wie auch die allgemeine Unsicherheit beleuchtet eine Information der Provisorischen Regierung Estlands vom 11. Dezember 1918 an ihre Auslandsvertretungen, in der es heißt: „Was die baltischen Deutschen betrifft, so muß zugegeben werden, daß unter ihnen in letzter Zeit Kreise oder jedenfalls

¹ *Wrangell, W. von*. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kulturselbstverwaltung. Mskr. im J. G.-Herder-Institut, Marburg, S. 1088. Zur ritterschaftlichen Politik in den Jahren 1917—1920 vgl. die umfassenden Darstellungen und Analysen von A. von Taube in den Sammelbänden: Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1917—1918. Hrsg. von J. v. Hehn, H. v. Rimscha, H. Weiss. Marburg/Lahn, 1971; Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland. Bd. 2 (1918—1920). Marburg/Lahn, 1977.

² *Wrangell, W. von*. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kulturselbstverwaltung, S. 4 f.

³ Memorandum, Kopenhagen, den 25. 4. 1919 // Reichsarchiv Helsinki, Meyendorffin Kokoelma, Nr. 12. Zu Schilling vgl. *Taube, A. von*. Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten, 1977, S. 179 f.

⁴ *Kroeger, G.* Baltische Entscheidungen vor 50 Jahren. Ursprünge und Nachwirkungen // Baltische Hefte, 1970, 16, S. 188.

einzelne Persönlichkeiten hervorgetreten sind, die nicht gegen den estländischen Staat arbeiten. Diese Männer haben alles versucht, um vom deutschen Militär für Estland Schutz, besonders aber Waffen zu erhalten... Wie ernst und aufrichtig die Mitarbeit der baltischen Deutschen ist, bleibt natürlich fraglich. Augenscheinlich haben auch sie eben kein festes politisches Ziel, der Boden wankt unter den Füßen, und daher schauen sie hierhin und dorthin aus, um einen Ausweg zu finden“⁵. Damit dürfte von estnischer Seite treffend die verworrene Situation des zu Ende gehenden Jahres 1918 gekennzeichnet sein — eine Situation, in der die Angehörigen einer bis vor kurzem noch privilegierten und in vielen Bereichen führenden Gruppe nahezu alle gewohnten Sicherheiten verloren hatten, in der sie als nationale Gruppe dreier Provinzen durch neue Grenzziehungen nunmehr in je eine estländische und eine lettländische Volksgruppe getrennt worden war, und in einer Situation schließlich, in der das völlige Scheitern alter politischer Zielvorstellungen offenkundig wurde. Das Abtreten entscheidender Repräsentanten einer solchen von den Ereignissen überholten Politik markierte den Übergang von einer bislang führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Diese sah sich zumal unter den angekündigten und im folgenden Jahr durchgeführten Maßnahmen gegen ihre wirtschaftliche Basis, durch die radikalen Agrarreformen, in einen subjektiv als epochal empfundenen Existenzkampf gestellt. Er bildete die äußere Folie einer grundlegenden inneren Strukturveränderung der Volksgruppe, in der infolge der starken Abwanderung das Schwergewicht von ritterschaftlichem Adel, Literaten und Pastoren übergang auf den wirtschaftlichen Bereich wie Großbetriebe, Banken, mittelständische Firmen und kleinbürgerliche Unternehmen⁶. Diese Veränderungen in berufsständischer Struktur und gesellschaftlichem Profil waren begleitet von starker Verstädterung und enormem Absinken des Lebensstandards; sie lösten zwangsläufig einen Umdenkungsprozeß aus, indem die eigene Position neu definiert werden mußte — unterlag noch die einstige Maxime Carl Schirrens vom Ausharren „als Summe unserer Politik“ einem ungeheuren Bedeutungswandel: Nicht mehr als Träger der Macht, als Herrschaft, sondern nun „ohne Pathos und politischen Anspruch“ als Gedanke eines Landesdienstes in neuen Formen, wie es Georg von Rauch formuliert hat⁷. In dieser Lage, in der ihnen in der Tat „der Boden unter den Füßen“ zu wanken schien, und zunächst ohne „festes politisches Ziel“ vor Augen, rangen die estländischen Deutschbalten um ein neues Selbstverständnis in einem Staat, dessen Begründung die meisten von ihnen nicht erwartet und viele auch gar nicht gewünscht hatten.

Einen ersten Schritt auf dem neuen Weg und zur Überwindung der Gegensätze bildete die bereits früh von einigen deutschbaltischen Vertrauensleuten am 27. 11. 1918 mit dem Premier- und Kriegsminister Konstantin Päts getroffene Vereinbarung über die Aufstellung einer deutschbaltischen Freiwilligentruppe — des Baltenregiments — innerhalb der estnischen Armee. Diese spontane Bereitschaft zum Einsatz für die gemeinsame Heimat wurde estnischerseits auch durchaus anerkannt und von den Deutschbalten als „Pflichtbekenntnis und eindeutigste Klarstellung unseres Anspruchs auf ungeschmälerte Heimat- und Bodenständigkeit“ empfunden⁸. Diese Truppe stellte allerdings keineswegs etwa die poli-

⁵ *Wrangell, W. von*. Geschichte des Baltenregiments. Das Deutschtum Estlands im Kampfe gegen den Bolschewismus 1918—1920. Reval, 1928, S. 21.

⁶ Vgl. *Rauch, G. von*. Geschichte der baltischen Staaten. 2. Aufl. München, 1977, S. 86 f., 132 f.; *Rauch, G. von*. Politische Gruppierungen im Estländischen Deutschtum der 30er Jahre // Jahrbuch des baltischen Deutschtums, Bd. XXVIII/1981. Lüneburg, 1980, S. 137 ff.

⁷ *Rauch, G. von*. Politische Gruppierungen, S. 138.

⁸ So rückblickend *W. Hasselblatt* in: Zehn Jahre deutsch-baltischer Politik in Estland // Jahrbuch des baltischen Deutschtums in Lettland und Estland. Riga, 1929, S. 66.

tische Führung der Volksgruppe dar, und sie hat auch nicht „ihre Bedeutung in irgendwelche politische Formel zu prägen versucht“⁹ — wohl aber half sie gerade durch ihre uneingeschränkte Loyalität der estnischen politischen und militärischen Führung gegenüber feste Stützen der Verbundenheit im schwankenden Boden des Vertrauens zu gründen. Das sollte sich nicht zuletzt daran zeigen, daß der Libauer Putsch die Atmosphäre in Estland noch nicht trüben konnte; eine Verschlechterung trat erst mit der Schlacht bei Wenden ein.

Die eigentliche politische Vertretung des estländischen Deutschtums fand ihren Ausdruck in der im Dezember 1918 gegründeten „Deutsch-Baltischen Partei in Estland“. Es sollte von entscheidender Bedeutung werden, daß in dieser bewegten Umbruchphase mit deren erstem Vorsitzenden Christoph Mickwitz eine anerkannte und vor allem integrationsfähige Persönlichkeit in Erscheinung trat. Nach den Worten seines früheren Mitarbeiters Paul Schiemann „der einzige, im guten Sinne, populäre Deutschbalte in der Heimat“, war der in vielen Bereichen tätige Mickwitz „gleich beliebt beim Adel wie beim Bürger und beim kleinen Mann“ — keine Selbstverständlichkeit in einer Gesellschaft, in der ständische Abgeschlossenheit durchaus noch nachwirkte¹⁰. Seiner persönlichen Ausstrahlungskraft dürfte es wesentlich zu verdanken sein, daß sich die deutschbaltische Volksgruppe in Estland im Sinne einer 'nationalen Solidarität' nur eine politische Partei schuf, während in Lettland mehrere Gruppierungen mühevoll zusammengehalten werden mußten. Daß auch im estländischen Deutschtum zwar nicht so starke, aber doch kontroverse Auffassungen miteinander konkurrierten, wurde bislang in der Forschung weniger beachtet.

Die gespaltene Einstellung zu dem sich durchsetzenden Mehrheitsprinzip zeigte sich bereits bei den Wahlen zur ersten demokratischen Gesamtvertretung Estlands, dem Landtag (*Maapäev*), im Sommer 1917. Während die Ritterschaft diese durch Boykott zu bekämpfen versuchte, beteiligte sich das städtische estländische Deutschtum daran und wählte seinerseits den Abgeordneten Max Bock in dieses am 1. Juli eröffnete Parlament, aus dessen letzter Sitzung am 15. November das sog. Rettungskomitee mit Päts, Vilms und Konik als Art Provisorischer Regierung hervorging. Weder Proteste der Ritterschaften noch die Ereignisse des Jahres 1918 mit ihrer „rauschhaften Euphorie“ konnten es verhindern, daß sich „aristokratische Denkweisen in diesem Jahr des proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der mobilisierten Massen in eine arge Hilflosigkeit gedrängt sahen“, wie Gert Kroeger es noch im Jahre 1970 nicht ohne Spitze gegen das wohl noch immer ungeliebte Mehrheitsprinzip formulierte¹¹.

An den zunächst für Anfang Februar 1919 ausgeschriebenen, wegen militärischer Rückschläge aber erst Anfang April durchgeführten Wahlen zur Konstituante beteiligte sich die inzwischen konsolidierte Deutsch-Baltische Partei so erfolgreich, daß sie 18 000 Stimmen auf sich vereinigen und mit Johannes Meyer (später abgelöst durch Baron Georg von Stackelberg), Hermann Koch und Max Bock drei Abgeordnete stellen konnte¹². Die Arbeit dieser Konstituierenden Versammlung ging über reine Verfassungsberatungen hinaus, indem auch legislative Funktionen eines normalen Parlaments ausgeübt werden mußten — vordringlich die gesetzgebende Lösung der Agrarfrage. Die Tätigkeit der deutschbaltischen Abge-

⁹ *Hasselblatt*, W. Zehn Jahre deutsch-baltischer Politik, S. 66.

¹⁰ *Schiemann*, P. Zwischen zwei Zeitaltern. Erinnerungen 1903—1919, bearb. von H. Kause. Schriftenreihe der Carl-Schirren-Gesellschaft, Bd. 3. Lüneburg, 1979, S. 26f.

¹¹ *Kroeger*, G. Baltische Entscheidungen, S. 186 f.

¹² *Garleff*, M. Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland. Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, Bd. 2. Bonn; Bad Godesberg, 1976, S. 15 f.

ordneten stand dabei zwischen den Polen einer noch immer vermuteten Ablehnung der Eigenstaatlichkeit einerseits und dem intensiven Bemühen um Sicherung staatsbürgerlicher, insbesondere kultureller Rechte andererseits. Das zeigte sich bei den Beratungen über eine erneute Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit, die der Pariser Friedenskonferenz vorgelegt werden und dort eine entsprechende Vertretung erwirken sollte. In der Konstituante wurde sie mit 93 Stimmen bei Enthaltung des russischen Abgeordneten Sorokin angenommen, dessen Haltung allerdings kein weiteres Aufsehen erregte, obwohl die überheblich-ablehnende Einstellung gerade der Weißrussen gegenüber den Esten bekannt sein mußte¹³. Im Gegensatz hierzu stieß das Verhalten der Deutschbalten auf kritische Resonanz, zumal sie auch in den folgenden Sitzungen durch bewußtes Fernbleiben nicht die Möglichkeit wahrnahmen, ihre Unterschrift noch zu leisten. Am 25. Juni schließlich begründete der Dorpater Arzt J. Meyer die Stimmenthaltung der deutschbaltischen Abgeordneten u. a. damit, daß diese trotz entsprechender Vorschläge rechter Parteien nicht an der Formulierung der Deklaration beteiligt worden seien¹⁴; dadurch enthalte die historische Einleitung beleidigende Ausdrücke gegen die Deutschen; im übrigen sei die Erklärung verfrüht, da die Entscheidung erst noch auf der Friedenskonferenz fallen werde. Dieser letzte Punkt verkannte die Absicht der Deklaration völlig, denn mit ihr sollte ja gerade der Wille zur Unabhängigkeit vor der Friedenskonferenz dokumentiert werden.

Die Haltung der deutschbaltischen Abgeordneten wirkte nicht zuletzt deshalb ausgesprochen unglücklich, da Außenminister J. Poska soeben von den Pariser Verhandlungen berichtet hatte, daß dort Widerstand gegen die Selbständigkeit Estlands nicht nur durch die Vertretung Admiral Koltshaks, sondern auch durch deutschbaltische Kreise geleistet würde. So bemühte sich der Abgeordnete M. Bock am 29. August, in einer längeren Erklärung seinerseits den Schaden zu begrenzen, indem er noch einmal ausführlich die deutschbaltische Haltung begründete¹⁵. Den in manchen Parlamentsreden und in der estnischen Presse geäußerten Vorwürfen, die Deutschbalten arbeiteten gegen den selbständigen estnischen Staat, hielt er entgegen: „Durch unsere Erklärungen in dieser Versammlung, durch unsere Mitarbeit an den Gesetzen, welche die Selbständigkeit des Staates festigen sollen, haben wir unsere Stellungnahme unzweideutig dargetan.“ Im Namen auch der Deutsch-Baltischen Partei erklärte er feierlich: „Wir schließen uns dem in den Selbständigkeitsakten der Konstituierenden Versammlung bekundeten festen Willen an, daß Eesti eine selbständige, unabhängige, demokratische Republik sei.“ Zugleich betonte er, daß die deutschbaltische Bevölkerung mit der Übernahme der aus der Staatsangehörigkeit entspringenden Pflichten auch die jedem freien Bürger zustehenden Rechte in Anspruch nehme. Hierzu nannte er im einzelnen das umfassende Recht auf Autonomie in kulturellen, kirchlichen und Bildungsfragen, das Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache, auf persönliche Freiheit und Gleichstellung auch bei Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie das Recht auf Privateigentum, das im Staatsinteresse nur gegen angemessene Entschädigung enteignet werden dürfte. Mit dem Hinweis auf die Opfer seiner Volksgruppe im Freiheitskriege forderte er einen gerechten Schutz dieser nationalen Minderheit im Sinne des Völkerbundes und schloß mit der eindringlichen Versicherung: „Wir sind bereit, am

¹³ Despektierliche Formulierungen wie «Kartoffel-Republik Eesti» oder der Wunsch, «möglichst bald mit der Anekdote der estnischen Selbständigkeit Schluß (zu) machen» finden sich in einem Artikel «Brief aus Reval» im «Hufvudstadsbladet», 1919, 28. August // Reichsarchiv Helsinki, Meyendorffin Kokoelma, Nr. 12.

¹⁴ Wrangell, W. von. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kultur-selbstverwaltung, S. 12.

¹⁵ Ebenda, S. 13 f.

Aufbau der Staatsordnung und insbesondere gesunder Agrarverhältnisse mitzuarbeiten, und sind überzeugt, daß unsere Beteiligung dem ganzen Lande von großem Nutzen sein kann.“

Auffällig an dieser Stellungnahme ist neben dem eindeutigen Bekenntnis zur estländischen Selbständigkeit die intensive Aufzählung der Grundrechte. Sie weist auf den defensiven Charakter hin, von dem deutschbaltische parlamentarische Arbeit in der Anfangsphase auch bestimmt war. Vor allem wohl mit Blick auf die Debatten um das Agrargesetz schien Werner Hasselblatt zu Beginn der parlamentarischen Gesetzgebung gar ein „Radikalismus sozialistischer und sozialrevolutionärer Impulse und Ideologien“ vorzuherrschen, gepaart mit einem „übersteigerten und aggressiven Nationalismus“¹⁶. Umso wichtiger war es, daß diese Grundsatzklärung gerade von M. Bock abgegeben wurde, der durch seine Mitarbeit schon im *Maapäev* 1917 gezeigt hatte, daß für ihn die Zusammenarbeit Priorität besaß, und der damit frei vom Verdacht revisionistischer Ziele war. Sein Auftreten verfehlte denn auch nicht eine beruhigende Wirkung und konnte sogar die Tatsache überdecken, daß die Erklärung nur von ihm und J. Meyer unterzeichnet worden war, nicht aber vom dritten deutschbaltischen Abgeordneten H. Koch. Wenn dieser auch hier weiterhin konsequente Stimmhaltung übte, so weist das immerhin auf Meinungsunterschiede selbst im kleinen Kreis der deutschbaltischen Abgeordneten hin. Daß damit aber keineswegs die generell positive Einstellung zum Staat infrage gestellt wurde, hatte allerdings auch Koch schon beweisen können, als er zu Anfang des Jahres einige Monate lang im Amt eines Ministers für nationale Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe tätig gewesen war. Mit dieser Einrichtung, im Juni durch Volkssekretariate ersetzt, war man estnischerseits den nationalen Minderheiten sehr entgegengekommen; so konnte der deutsche Volkssekretär Johannes Beermann als Dezernent im Bildungsministerium bis zur Einrichtung der Kulturselbstverwaltung sechs Jahre später die Vertretung seiner Minderheit direkt bei der Regierung wahrnehmen.

Über Meinungsverschiedenheiten und Debatten prinzipieller oder auch nur taktisch bedingter Art innerhalb der neuformierten deutschbaltischen politischen Führungsgruppe gibt es nur wenige Hinweise in der Literatur. Dennoch hat es sie gegeben. Das reicht von relativ geringfügigen Debatten bis zu tiefer greifenden Kontroversen, in denen sich die erwähnten Strukturverschiebungen des baltischen Deutschtums widerspiegeln. So entstand während des hier nicht näher darzustellenden Ringens um die Kulturautonomie¹⁷ eine Auseinandersetzung über die Ziele zwischen dem Dorpater Schuldirektor Pantenius und dem Lehrerverein in Pernaу aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage als öffentliche bzw. als Privatschule¹⁸, was später in eine Polemik zwischen Pantenius und Spindler über die Realisierbarkeit absolut autonomer Schulen mündete¹⁹. Ernster schon war es, als der Abgeordnete Georg Baron Stackelberg am 23. Januar 1923 sein Abgeordnetenmandat niederlegte, denn „er war von seinen Standesgenossen intern heftiger Kritik ausgesetzt, weil seine Politik des Ausgleichs der nationalen Gegensätze keine sichtbaren Früchte getragen hatte“, wie Baron Wrangell später schrieb²⁰. Seinen Parlamentssitz übernahm der ehemalige erste Ritterschaftssekretär Berend von Wetter-Rosenthal.

¹⁶ Hasselblatt, W. Zehn Jahre deutsch-baltischer Politik, S. 67.

¹⁷ Vgl. hierzu Garleff, M. Deutschbaltische Politik, S. 104—113.

¹⁸ Revaler Bote, 1921, 6. Dezember.

¹⁹ Wrangell, W. von. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kulturselbstverwaltung, S. 102 f.

²⁰ Ebenda, S. 47.

Das Jahr 1923 brachte nicht nur ein Wiederaufleben der Loyalitätsdebatte in der Presse, sondern auch Veränderungen innerhalb der Deutsch-Baltischen Partei. Unter dem Eindruck einer hinhaltenden Behandlung der Kulturautonomie im Parlament fand am 11. März ein Delegiertentag statt, auf dem die Spitzenkandidaten für die bevorstehenden Parlamentswahlen aufgestellt wurden. Die ersten Stellen nahmen dabei nun der Dorpater Rechtsanwalt W. Hasselblatt ein, der sich bei der Interessenvertretung enteigneter Gutsbesitzer und der Erarbeitung der Kulturautonomie einen Namen gemacht hatte, gefolgt vom ehemaligen zaristischen Offizier und Kreisdeputierten der Ritterschaft Carl Baron Schilling sowie vom Revalenser Großindustriellen A. M. Luther, der Geschäftsbeziehungen mit England pflegte. Erst danach folgten die bisherigen Abgeordneten Bock und Koch. Damit setzte sich der „recht nüchtern wirtschaftlich gerichtete Teil der Partei“ durch, wie der deutsche Geschäftsträger von Hentig am 15. März 1923 an das Auswärtige Amt nach Berlin berichtete²¹. Denn während bei den vorangegangenen Parlamentswahlen der Großgrundbesitz noch eine erhebliche Rolle durch die Finanzierung der Wahlfonds hatte spielen können, sei dazu „nach der recht gründlich durchgeführten Enteignung heute allein noch die deutsche Geschäfts- und Finanzwelt in der Lage“. Diese habe das aber unter der Bedingung getan, daß ihr eine entsprechende Anzahl der erwarteten Parlamentssitze überlassen würde. Die Umformung betraf auch den Vorstand, denn auf demselben Delegiertentag lehnte der „sehr deutsch gerichtete, ideal denkende, aber praktisch nicht sehr geschickte“ (Hentig) Parteivorsitzende August Spindler eine Wiederwahl ab, weil er seine politische Auffassung nicht mehr mit der Majoritätsmeinung vereinbaren konnte. Der tiefere Grund dafür lag aber nach Wrangell in Spindlers liberaler Auffassung, „die den von der Partei gesteuerten harten Kurs grundsätzlich für einen Fehler hielt“²². Er habe eine Verständigung mit den Esten durch eine verständlichere Haltung erreichen wollen — womit er auf längere Sicht gesehen ja auch Recht behalten hätte. Nur sei die Zeit für einen „derartigen Kurswechsel“ eben noch nicht reif gewesen. Zum Nachfolger Spindlers im Parteivorsitz wurde Harry Koch, Direktor der größten deutschen Versicherungsgesellschaft, gewählt — nach Hentig „ein außerordentlich nüchtern, klar denkender, aber in keiner Weise gewinnender Geschäftsmann“.

Im Vergleich mit der deutschbaltischen Volksgruppe in Lettland ist von den estländischen Deutschbalten gesagt worden, aufgrund der größeren Rolle von Vertretern aus Industrie, Bank- und Versicherungswesen sowie aufgrund engerer Kontakte zu den Esten sei bei ihnen insgesamt ein „ausgeprägter Realitätssinn, eine gewisse pragmatische Nüchternheit“ wirksam geworden, so daß es „in diesem estländischen Karpfenteich vielleicht gar nicht eines so kapitalen demokratischen Hechtes wie Paul Schiemann bedurfte“²³. Dennoch gab es auch hier in den 20er Jahren Auseinandersetzungen mit einem mehr demokratisch orientierten Kreis, was Reinhard Wittrams Feststellung entgegensteht, der demokratische Gedanke sei den Deutschbalten noch fremder gewesen als der sozialistische²⁴. Aus der Gruppe der sog. Optanten, d. h. aus Rußland zurückgekehrter Deutschbalten, nichtbaltischer Deutscher und russischer Emigranten mit deut-

²¹ AA (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn): Randstaaten, Politik 5, Estland, Bd. 21.

²² Wrangell, W. von. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kulturselbstverwaltung, S. 75.

²³ Rauch, G. von. Politische Gruppierungen, S. 140.

²⁴ Wittram, R. Rückblick auf den Strukturwandel der deutschbaltischen Volksgruppen im letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung // Festschrift für Percy Ernst Schramm. Wiesbaden, 1964, Bd. 2, S. 249.

schen Verbindungen war in Dorpat ein Kreis entstanden, der altbaltischen Organisationsformen und Überlegungen oft fremd gegenüberstand und sich leichter mit der neuen Wirklichkeit abfand²⁵. Besonders der internen Diskussion um die Organisation der Deutschbalten wurden von hier Impulse gegeben, indem z. B. Hermann von Berg den Generationswechsel deutlich machte und bei Fortfallen aller Standesunterschiede für eine Demokratisierung eintrat²⁶. Weiter noch ging Siegmund Klau, der eine Neuorganisation frei von der Vormundschaft durch die Methoden der derzeitigen Führung forderte; nach einem großen Kehraus müßte nunmehr die Vielfalt der Anschauungen und des Lebensstils integriert werden²⁷. Die Diskussion nahm an Schärfe zu, als sich Spindler glaubte dagegen verwehren zu müssen, daß er in einem von Klau inspirierten Beitrag einer Veröffentlichung in Deutschland als zur 'demokratisch' orientierten Richtung gezählt worden war²⁸. Denn Spindler lehnte die Gleichheit aller Menschen ab, während Klau als Prinzip der Demokratie vielmehr ansah, daß über niemanden geherrscht werde, der nicht selbst an der Herrschaft teilnehme. Einen Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen, als Klau im Spätherbst die politische Führung frontal in einem Artikel angriff und schrieb: „Einer Führung, deren guten Willen man anerkennen mag, deren Schwäche aber heute keiner mehr leugnen kann, und deren von Eintagskonjunkturen bestimmte und ideenlose Haltung jeden nationalen Aufschwung im Keime ersticken mußte, können wir nicht mehr vertrauen. Auf keinem einzigen Gebiet erweist sich unsere bisherige Führung weder der Schwere der Zeit noch der Wucht der Anforderungen gewachsen.“²⁹ Nicht ganz zu Unrecht wies der damalige Sekretär der Deutschbaltischen Partei, Baron Wrangell, den Vorwurf der „ideenlosen Haltung“ mit dem Hinweis auf den intensiv geführten fünfjährigen Kampf um die Kulturautonomie zurück.

Klau aber setzte seine Kritik im „Revaler Boten“ fort, indem er eine Aufspaltung im Kulturleben beklagte, die aus einer Volkskultur eine Spitzenkultur habe entstehen lassen. Diese dürfte nicht abgesondert nur in den Schulen gepflegt, sondern müsse organischer mit der Kulturentwicklung des Gesamtvolkes verbunden werden, nicht im Sinne etwa einer 'Veredelung'. Das aber könne nur in einer planmäßig arbeitenden **Gesamtorganisation** erfolgen, die wirklich allen etwas biete. — Wie sensibel Deutschbalten allzu oft gegenüber kritischen Stimmen aus den eigenen Reihen waren, zeigt die Reaktion Baron Wrangells auf eine pointierte Äußerung Klaus: Dieser hatte in einer Auseinandersetzung mit dem „Postimees“ geäußert: „... das sagt nicht ein baltischer Baron, sondern wir, die immer Freunde des estnischen Volkes gewesen sind“, was Wrangell dazu veranlaßte, ihm ein „tiefes Ressentiment gegen den Adel“ und eine „erschreckende Unkenntnis seiner Geschichte“ vorzuwerfen³⁰.

Immerhin bewirkte die Kritik insgesamt doch, daß auf den Delegiertentagen der Deutsch-Baltischen Partei deren Ortsgruppen aufgefordert wurden, den Gedanken des aktiven nationalen Zusammenschlusses energisch voranzutreiben und umzusetzen. Und als im Februar 1925 das Kulturautonomiegesetz endlich verabschiedet war, schlug Spindler in einem der vielen aus diesem Anlaß in einem Sonderheft des „Revaler Boten“

²⁵ Rauch, G. von. Politische Gruppierungen, S. 140.

²⁶ Revaler Bote, 1924, 8. Januar.

²⁷ Wrangell, W. von. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kultur-selbstverwaltung, S. 115 f.

²⁸ Stricker, F. (Hrsg.) Die politischen Parteien des Erdballs. Münster, 1924, S. 100 f. Vgl. auch: Garleff, M. Deutschbaltische Politik, S. 18.

²⁹ Wrangell, W. von. Materialien zur Geschichte der Estländischen Deutschen Kultur-selbstverwaltung, S. 134 f.

³⁰ Ebenda, S. 137.

zusammengefaßten Artikel bemerkenswert nachdenkliche Töne an. Er betonte nämlich, daß die Mehrheit der Deutschbalten eigentlich immer bevormundet worden sei — einst von der deutschen Landesverwaltung, dann von der russischen und schließlich von der estnischen Beamtenschaft. Nun aber gelte es, selbst Verantwortung zu übernehmen — auch in Anknüpfung an die Tradition. „Wenn jene Herren auch oft in erster Linie die Interessen ihres engsten Kreises vertraten“, so hätten sie doch stets auch ihre Pflichten bedacht und nicht gezögert, „fürs Allgemeinwohl persönliche Opfer zu bringen.“ Nur in einer wirklichen Volksgemeinschaft könne die Kulturautonomie eine Zukunft haben. — Diese vermittelnde Position erscheint geradezu wie ein Reflex auf die vorangegangenen Auseinandersetzungen. In der Tat sollte der Aufbau der Kultur selbstverwaltung als oberstes Organ der Volksgruppe noch „manch harten Kampf innerhalb des Deutschtums“ hervorrufen³¹, vor allem bei der Umgestaltung und Vereinheitlichung des Schulnetzes, wobei Bewohner der kleineren Städte die größten Opfer zu bringen hatten.

Das Verhältnis der Deutschbalten zu den Esten während der Staatsgründung und in den ersten Jahren der Republik, das Ringen ihrer Politiker in Konfrontation und gegenseitiger Akzeptanz wurde beeinflußt auch von äußeren Faktoren. Zu diesen gehört das Deutsche Reich — oft den dritten Punkt des Krätedreiecks darstellend. Erst kürzlich hat John Hiden umfassend für Estland und Lettland die Auswirkungen der Ostpolitik der ganzen Weimarer Republik untersucht und dabei gerade auch die Neuorientierung des Anfangs beleuchtet³². Daß dabei keineswegs von einer Interessenidentität von reichsdeutscher und deutschbaltischer Politik ausgegangen werden kann, zeigt schon die Mahnung des deutschen Gesandten Lucius aus Stockholm noch während der Umbruchphase, wenn er am 22. November 1918 an das Auswärtige Amt schreibt, „daß die Balten mit allerhöchster Vorsicht zu behandeln sind und ihre Loyalitätsbezeugungen für Deutschland nicht allzu hoch eingeschätzt werden müssen, denn sie treiben, was man ihnen ja weiter nicht zu verübeln braucht, eine reine Interessenpolitik und schieben uns stets gegen Rußland vor“³³. Dieser Grundtenor, sich in Berlin nicht zum Werkzeug machen zu lassen — unter den veränderten Verhältnissen nun gegen die estnische Regierung —, durchzieht viele Dokumente gerade der Anfangsjahre. So warnte Ago von Maltzan in einem auch von Hiden kurz zitierten Schreiben³⁴ am 12. Juli 1923 den neuen Gesandten in Reval, Wedding, „daß die dortigen Balten versuchen werden, Sie für sich zu fangen“³⁵. Und prononciert führt er weiter aus: „Wir müssen unsere Politik in Estland auf die Esten und nicht auf die Deutschbalten stellen“ — eine Politik, die er selbst vor drei Jahren unter großen Schwierigkeiten begonnen habe, denn die Esten seien in diesem Punkte unendlich mißtrauisch. „Die Balten nutzen uns hier nichts, sondern wollen uns ausnutzen.“ Er gibt dann sogar Empfehlungen für Art und Ausmaß gesellschaftlichen Verkehrs und meint anführen zu müssen, daß sich Weddings Vorgänger von Hentig durch die Heirat mit einer Deutschbaltin — es handelte sich um Nita von Kügelgen — „seine Stellung gegenüber der estnischen Regierung nicht erleichtert“ habe.

Gut liefen allerdings die wirtschaftlichen Beziehungen an, darunter der über Reval erfolgende deutsche Rußlandhandel; und es störte im wesentlichen nur, daß die entschädigungslose Enteignung durch das Agrargesetz auch reichsdeutschen Besitz betraf. Mit parlamentarischer Unter-

³¹ Ebenda, S. 1090.

³² Hiden, J. *The Baltic States and Weimar Ostpolitik*. Cambridge, 1987.

³³ AA: Rußland 64, Bd. 24 Baltische Provinzen; A. 30 598.

³⁴ J. Hiden bringt weitere Beispiele hierfür: Hiden, J. *The Baltic States*, S. 39.

³⁵ AA: Polit. Beziehungen Estland-Deutschland, Estland Politik 2, K 0075748/9.

stützung durch den Deutschen Reichstag forderte man hier energisch eine Regelung, wie aus den Aufzeichnungen für eine Unterredung des deutschen Außenministers mit seinem estnischen Kollegen Piip vom 21. Oktober 1921 ebenso hervorgeht³⁶ wie aus entsprechenden späteren Vorlagen der Jahre 1924 und 1925 — falls erforderlich, könne Deutschland ja mit einer Verlegung des Handelsweges drohen³⁷.

Betonte man von Berlin aus der estnischen Regierung gegenüber den Unterschied zwischen Deutschbalten und Reichsdeutschen³⁸ — Wedding klagte, „die estnische öffentliche Meinung“ habe „bis heute nicht gelernt, zwischen Reichsdeutschen und Deutschbalten scharf zu unterscheiden“³⁹ — so schien das in anderer Hinsicht keineswegs problemlos zu sein. Denn wie Wedding am 21. August 1923 berichtete, war die in Reval auf insgesamt rund 1000 Personen geschätzte Gruppe der Reichsdeutschen „kein zusammengehöriges Ganzes“⁴⁰. Sie setzte sich vielmehr einerseits aus jenen zusammen, die z. T. noch durch Bekanntschaften aus der Okkupationszeit vorzugsweise mit Balten verkehrten und eine „stark rechts gerichtete, vielfach geradezu monarchistische politische Einstellung“ hatten — und auf der anderen Seite solchen, die nähere Berührung mit estnischen Kreisen pflegten und „mit diesen eine mehr demokratische Auffassung teilen.“ Sorgen bereitete dem deutschen Gesandten, daß die bereits vor dem Kriege hier ansässigen Reichsdeutschen alten Traditionen anhängen, was sich u. a. in der Ablehnung der verfassungsmäßigen Reichsfahne und in der Reserve gegenüber dem Verfassungstag zeigte. Auch in der reichsdeutschen Gruppe in Estland mußten also Gegensätze überbrückt werden, was Wedding mit Einladungen in die Deutsche Gesandtschaft zu „freier gegenseitiger Aussprache“ zu erreichen hoffte.

Daß „die Randstaaten keineswegs als temporäres Gebilde zu betrachten“ seien, hatte schon ein Bericht an das Auswärtige Amt aus Reval am 16. 12. 1920 gefordert⁴¹. Wenn sich der Verfasser auch über die große Anzahl weiblicher Mitarbeiter in estnischen Ministerien mokierte und die Minister selbst arrogant als „nette und harmlose Menschen mit einem kleinen Einschlag obrigkeitlichen Größenwahnsinns“ charakterisierte, so erwartete er doch eine innerpolitische Sanierung Eestis durch Überbrückung des Gegensatzes zwischen Esten und Balten; da die Entwicklung ohnehin „nach rechts“ dränge, werde der Ausgleich schon kommen. Drei Jahre später aber mußte Wedding von einer erneuten Zuspitzung der Lage berichten, zu der im wesentlichen die Furcht vor einem Vordringen deutschbaltischen Kapitals geführt habe⁴². Den Hintergrund einer Pressekampagne nicht allein gegen Deutschbalten, sondern gegen Fremdstämmige überhaupt — der „Revaler Bote“ habe deshalb das Verhalten des „Päewaleht“ mit der Taktik der „Nowoje Wremja“ in Petersburg vor Kriegsbeginn verglichen — die tiefer liegenden Ursachen bilde ein „stiller, zäher Kampf“ zwischen der *Eesti Pank* als „Hochburg des Estentums“ und dem zentralen Finanzinstitut der Balten, dem Bankhaus Scheel. Dieser Konkurrenzkampf führe zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Esten und Deutschbalten, er bleibe letztlich aber auch nicht ohne Einfluß auf die Haltung der öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland. Ein entsprechendes „großzügiges Projekt“, „die estnischen Banken durch deutsches Kapital zu majorisieren“, habe der deutschbaltische Abgeordnete Georg Baron Stackelberg vertreten, schrieb Her-

³⁶ AA: Randstaaten, Politik 11, Nr. 3 Estland.

³⁷ Ebenda, Vorlagen an Reichsaußenminister Stresemann vom 6. 10. 1924 und 25. 3. 1925.

³⁸ Hiden, *J. The Baltic States*, S. 39.

³⁹ Bericht Weddings vom 12. 10. 1923; AA: Politik 25, Estland, Bd. 1.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ AA: Politik, Estland 5, Bd. 1; die Abschrift ist nicht unterzeichnet.

⁴² Ebenda.

mann Graf Keyserling an Baron Maltzan im Januar 1922; er verbindet diese Information mit der Empfehlung, Stackelberg, mit dem er eng zusammenarbeite und der für ihn „der praktischste unter den estländischen Politikern“ sei, gerade auch wegen dessen guter Zusammenarbeit mit den deutschen Geschäftsträgern doch in Berlin unbedingt zu empfangen. Tatsächlich enthält das Schreiben den handschriftlichen Vermerk, daß mit Stackelberg über die Verhältnisse in Estland Rücksprache genommen werden solle⁴³.

Damit tritt ein weiterer Faktor ins Blickfeld, von dem die deutschbaltisch-estnischen Beziehungen beeinflußt werden konnten: die z. T. rege Aktivität prominenter baltischer Deutscher außerhalb ihrer Heimat. Zu ihnen gehört der schon damals bekannte Philosoph Hermann Graf Keyserling, dessen vielfältige Tätigkeit aufgrund seiner internationalen Beziehungen ihn nacheinander in Konflikt sowohl mit den kaiserlichen deutschen Reichsbehörden und einem großen Teil seiner baltischen Landsleute als auch mit den estnischen Behörden brachte. In dieser Phase um eine Art 'Belgisierung' der ehemaligen baltischen Provinzen bemüht, nutzte er vor allem seine guten englischen Verbindungen, insbesondere zum Außenminister Balfour, worüber W. Lenz 1973 eine Studie vorgelegt hat⁴⁴. Aber auch mit dem deutschen Auswärtigen Amt pflegte er guten Kontakt, zumal zu dem mit ihm befreundeten Ago von Maltzan. In einem vertraulichen „kleinen politischen Gutachten“ vom 4. Juli 1920 lobte er die unauffällige Wirksamkeit des deutschen diplomatischen Vertreters Henkel in Reval als durchaus angemessen, denn „nur durch das Schlüsselloch gleichsam kann Deutschland heute nach Estland hineinschlüpfen“⁴⁵. Seltener von Wunschdenken bestimmt erscheinen seine Einschätzung der Esten und die Zukunftserwartungen, wenn er im einzelnen ausführt: „Während des einen Jahres der Selbständigkeit sind die Esten nämlich mehr germanisiert worden, wie in den langen 700 Jahren vorher. Sie haben ihre unbewußt deutsche Seele so sehr entdeckt, daß sie alles copieren, auch das Schlechte, und Estland als Karikatur des alten Preußens wirkt.“ Das dürfte man sie aber nicht merken lassen, damit ihr ohnehin vorhandener und „immer exklusiver gegen die Balten“ gerichtete Deutschenhaß nicht verstärkt werde. Da man diesen im Augenblick nicht direkt helfen könne, müsse man die estnische Valuta verbessern, um später „freie Hand im Baltikum (zu) haben.“

Etwas wirklichkeitsfremd wirkt es, wenn Keyserling aus verständlicher Empörung über die Ungerechtigkeiten der Agrarreform meint, die „selbstmörderische ökonomische und Agrarpolitik des letzten Jahres“ sowie das ganze „augenblickliche System dort“⁴⁶ sei „in allen Kreisen unpopulär“; alle — also auch die Esten — hielten die „Agrarreform“ (von ihm in Anführungszeichen gesetzt!) für „den größtdenkbaren Wahnsinn“, und es bedürfe nur eines Druckes von außen, „um die Leute einlenken zu lassen.“ Zu dieser seiner Ansicht nach allgemein erwarteten „Initiative unsererseits“ ermunterte er die deutschen diplomatischen Vertreter ausdrücklich, sie sollten „einen langsam wachsenden Druck auf Estland ausüben.“ — Genau zwei Jahre später wiederholte er seine Prognose, daß die „deutsche Periode des Baltikums“ erst noch bevorstehe; denn obwohl zur Zeit die Esten zwar „den Größenwahn“ hätten, meint er, „nach ca. 10 Jahren wird man hier wieder gewiß sehr gut leben können“⁴⁷. Denn dann

⁴³ AA: Randstaaten, Politik 11, Nr. 3: Estland; Schreiben vom 7. 1. 1922.

⁴⁴ Lenz, W. jun. Graf Hermann Keyserlings Bemühungen um Englands Beistand in den Jahren 1919/20 // Jahrbuch des baltischen Deutschturns, Bd. XXI/1974. Lüneburg, 1973, S. 69—75.

⁴⁵ AA: Randstaaten, Politik 2, Estland, Bd. 1, K 661983.

⁴⁶ Ebenda, K 661984/5.

⁴⁷ Ebenda, Politik 5, Bd. 1: Estland; Brief vom 4. 7. 1922.

werde die Hochkonjunktur für die Landwirtschaft vorbei und die meisten Ansiedler und Beamten nach Rußland (sic!) zurückgewandert sein, „dann kommt unsere Stunde wieder“. Je mehr das Deutsche Reich die Esten als Esten unterstütze, desto schneller werde ihr Nationalismus der Vergangenheit angehören.

Unübersehbar ging es Keyserling bei diesen wie auch bei seinen Initiativen nach England aus der Überzeugung von der Unersetzbarkeit der Deutschbalten aufgrund ihrer „größte(n) wirtschaftliche(n) sowie politische(n) Erfahrung“ im wesentlichen trotz aller Bereitschaft zur Kooperation letztlich doch um die „Verteidigung ganz konkreter Standesinteressen“⁴⁸. Nicht aus rein deutschnational-konservativer Sicht, denn den Rechtskreisen in Deutschland warf er vor, sie täten „alles auch nur theoretisch Denkbare, um endgültig von der Bühne der Geschichte zu verschwinden“⁴⁹, brachte er Überzeugungen zum Ausdruck, die ein zukunftsorientiertes Miteinander im Zeichen gegenseitiger Toleranz in Estland nicht gerade förderten. Fraglich bleibt, wie weit derartige Initiativen — und Keyserling steht hier für manche andere deutschbaltische Persönlichkeit — die Berliner Politik und damit das Verhältnis zwischen Deutschbalten und Esten zu beeinflussen vermochten. Immerhin half er bei der Abfassung von Parlamentsreden deutschbaltischer Abgeordneter in Estland mit⁵⁰, knüpfte Verbindungen zum Berliner Auswärtigen Amt und ließ schließlich seine Manuskripte als Umzugsgut eines Gesandtschaftsrats getarnt aus Reval nach Berlin bringen⁵¹.

Abschließend läßt sich folgendes feststellen: Die deutschbaltische Volksgruppe erlebte bei der Staatsgründung und in den ersten Jahren der Selbständigkeit Estlands einen tiefgreifenden Umbruch in ihrer Struktur und ihrem politischen Selbstverständnis. Politische Organisation und parlamentarische Arbeit wurden von Persönlichkeiten wahrgenommen, die z. T. durch ihr frühes Bekenntnis zur Selbständigkeit des neuen Staates in Konflikt mit ritterschaftlichen Kreisen gerieten. Ihr Verhältnis zu amtlichen Stellen des Deutschen Reiches wiederum war davon bestimmt, daß sie einerseits von Anfang an auf erhebliche finanzielle Unterstützung zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen angewiesen waren, andererseits aber auch als Störfaktor in den bilateraten Beziehungen betrachtet wurden. Auf dem Wege zur Anerkennung als staats-erhaltende politische Kraft hatte die deutschbaltische politische Vertretung sich durchzusetzen gegen Widerstände in der eigenen Volksgruppe, im politischen Kräftespiel des Heimatstaates und im außenpolitischen Beziehungsgeflecht zwischen estländischem und deutschem Staat.

⁴⁸ Lenz, W. jun. Graf Hermann Keyserlings Bemühungen, S. 72 f.

⁴⁹ Brief vom 4. 7. 1922.

⁵⁰ Bericht vom 4. 7. 1920; AA: Randstaaten, Politik 2, Estland, Bd. 1, K 661984/5.

⁵¹ AA: Geheimakten betr. Agenten und Spionagewesen in Estland, Estland Politik 15: Telegramm Berlin vom 17. 3. 1925, Telegramm Reval vom 18. 3. 1925, Schreiben W. Francks Reval vom 30. 10. 1925.

*Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel*

Eingegangen
am 19. April 1990

Michael GARLEFF

SAKSA VÄHEMUSRAHVUS EESTI VABARIIGI LOOMISE AJAL. KOHANEMINE JA VASTUPANU

Eesti iseseisvuse väljakuulutamise ajal 24. veebruaril 1918 oli seadus Saksa oku-patsioonivõimude poolel. Seda näitas K. Pätsi mittetunnustamine peaministrina ja tema arreteerimine. Olles järgnevatel murrangulistest sündmustest äärmiselt rabatud ja tundes end oma olemasolus puudutatuna, väljendas Eesti territooriumil elunev saksa

rahvusgrupp nii oma käitumises kui ka poliitilises sihiasetuses kõige erinevamat suhtumist. Maa poliitikat määravate ja oma privileegidele tuginevate rüütelkondade plaanides oli seni ülekaalus tendents takistada Eesti omariiklust demokraatliku vabariigi kujul. Siinse uurimuse raskuspunktideks ongi nimetatust erinevad initsiatiivid: ümberkohanemine iseseisvuse tunnustamiseni, baltisaksa poliitilise eliidi hoiak uue riikliku institutsiooni suhtes ja selle esimesed seadusandlikud meetmed.

Erimeelsusi tuleb siinjuures eelkõige mõista kui rahvusgrupi olemusvõitlust ega mitte hinnata neid üksnes kui antidemokraatliku, konservatiivse mõttelaadi tagajärge. Seda näitab ilmekalt ka kõrvutus laide hulkade vähese vabariiklusmeelsusega varases Weimari Vabariigis. Baltisakslaste osavõtt Vabadussõjast Balti rügemendis rõhutab nende õiguslikku nõuet kuuluda oma kodumaa ja territooriumi juurde, ilma et selles sisalduks konkreetseid poliitilisi nõudmisi. Viimaseid teostas nimelt Balti-Saksa Partei, mille asutamine 1918. aasta detsembris ja sellele vahetult järgnenud osalemine valimistel ja saadikute ülesseadmisel Asutavasse Kogusse ning hiljem Riigikogusse väljendas samavõrd soovi aktiivselt kaasa aidata riigielu kujundamisele ja kaitsta rahvusministri või haridusministeeriumi rahvasekretäride kaudu oma rahvuskultuuri huvisid.

Baltisaksa saadikute positsioon nõupidamistel konstitutsiooni üle, eriti agraarseaduse arutlusel oli omariikluse võimaliku tagasilükkamise ja riigikodanike, esmajoones aga rahvuskultuuriliste õiguste kindlustamispüüde vahepeal. Seda tõdesid need baltisaksa poliitikud, kes iseseisvuse varajase tunnustamise tõttu olid sattunud konflikti rüütelkonnaga. Nende vahekorra Saksa riigi ametkondadega määras omakorda ühelt poolt Saksa-maal saadav finantsabi majandus- ja kultuuriinstitutsioonide ülalpidamiseks, teiselt poolt aga peeti neid noore Eesti riigiga suhtlemisel segavaks faktoriks. Et leida tunnustust riikliku poliitilise jõuna, tuli baltisaksa poliitikuil ületada eeskätt oma rahvusgrupisisene vastupanu, et end maksma panna oma kodumaa poliitilises elus ning ka Eesti ja Saksa riigi vahelises välispoliitilises suheterägestikus.

Kieli Christian Albrechti nim. Ülikool

Toimetusse saabunud
19. IV 1990

Михаэль ГАРЛЕФФ

НЕМЕЦКОЕ МЕНЬШИНСТВО «ЗА» И «ПРОТИВ» ЭСТОНСКОЙ РЕСПУБЛИКИ

Ко времени провозглашения самостоятельности Эстонии 24 февраля 1918 г. законы еще были на стороне немецких оккупационных властей, о чем свидетельствуют непризнание ими К. Пятса премьер-министром и его арест. Но затем ситуация изменилась. Переломные события в Эстонии внесли смятение в среду проживавших здесь немцев, которые почувствовали угрозу своему привилегированному положению. Их реакция на происходящее была неоднозначной, что находило отражение как в поведении, так и в выдвигании политических целей. До недавних пор рыцарство, определявшее политику в стране, всячески препятствовало установлению эстонской государственности в форме демократической республики. В статье основное внимание и акцентируется на исследовании различных точек зрения прибалтийских немцев на вопрос об эстонской государственности (от полного отрицания до признания), рассматривается трансформация их взглядов, отношения к первым законодательным актам Эстонии.

Если проводить аналогию с ранней Веймарской республикой, то возникшие в среде немецкого меньшинства разногласия следует расценивать как борьбу за свое существование, а не только как результат антидемократического консервативного мышления. Своим участием в Освободительной войне вместе с эстонцами они доказали, что являются патриотами своего края. Выразителем их политических требований стала созданная в декабре 1918 г. Прибалтийско-немецкая партия. Участие в выборах сначала в Учредительное собрание, а затем и в Государственную Думу позволило немецкому меньшинству активно содействовать государственным преобразованиям и осуществлять через своих делегатов развитие национальной культуры.

На совещаниях по обсуждению конституционных вопросов и особенно аграрного законодательства делегаты от прибалтийских немцев нередко балансировали где-то на грани неприятия эстонской государственности и требований гражданских прав, особенно права на развитие своей национальной культуры. Отношения прибалтийских немцев с ведомствами Германии тоже были сложными. С одной стороны, они зависели от них экономически, а с другой — служили помехой в деле налаживания связей между молодым эстонским государством и Германией. Чтобы стать политической силой, с которой считаются, им надо было преодолеть сопротивление со стороны своих соотечественников, а также выстоять во внешнеполитических расприх между двумя государствами.

*Кильский университет
им. Кристиана Альбрехта*

Поступила в редакцию
19/IV 1990